

Renate Gradistanac MdB

Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

☎ 030/227-73 718

☎ 030/227-76 718

✉ renate.gradistanac@bundestag.de

Bürgerbüro

✉ renate.gradistanac@wk.bundestag.de

www.bundestag.de/~renate.gradistanac

Januar 2009

Maßnahmen der Bundesregierung und Strategien gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Die Entwicklung der extremen Rechten lässt sich in den vergangenen Jahren deutlich beobachten: Die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin zeigen, dass Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus weiterhin sehr ernst zu nehmende Probleme sind. In den Wahlkämpfen kam es zu Einschüchterungen und Gewalt gegenüber demokratischen Parteien, deren Repräsentantinnen und Repräsentanten und deren Anhängerinnen und Anhängern. Das Bundeskriminalamt verzeichnete im Jahr 2007 eine starke Zunahme von rechtsextremen Straftaten um mehr als 20 Prozent. Auch für das Jahr 2008 zeichnet sich wiederum eine starke Zunahme ab.

Der Hauptschwerpunkt liegt nicht mehr in den Parteien. Der jugendliche Rechtsextremismus ist vielmehr als Element einer Jugendbewegung und Gewaltkultur zu verstehen, die sich aus subkulturell-rebellischen Motiven und der Einbindung in fremdenfeindliche Milieus speist. In den 1990er Jahren entstanden, hat sich eine beachtliche Infrastruktur aus rechtsextremen organisierten Netzwerken, informellen Bündnissen, „Szenen“, Freundschaftskreisen und informellen Gruppierungen etabliert. Rechtsextremismus wird darin als vorherrschende Lifestyle-Strömung erlebt und als attraktive Gesinnung der Gemeinschaft. Aus einer vielfach tolerierten lokalen Jugend- und Gewaltkultur hat sich ein Rechtsextremismus neuen Typs gebildet.

In unserer heutigen Gesellschaft denkt die überwältigende Mehrheit der Menschen demokratisch. Die engagierten Reaktionen auf rechtsextreme Angriffe, NPD-Veranstaltungen, Nazi-Aufmärsche und andere rechtmotivierte Aktionen zeigen dies deutlich – so auch in Calw, Horb und Freudenstadt. Trotzdem findet man rechte Gesinnungen auch in der Mitte der Gesellschaft verankert. Die Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ der Universität Bielefeld verzeichnet z.B. einen besonders hohen Anstieg rassistischer und antisemitischer Positionen bei Menschen, die sich sonst der politischen Mitte zuordnen.

Die Ursachen des Rechtsextremismus sind vielfältig. Sie liegen in einer sich verändernden Gesellschaft, die neben ihrer Stärke auch ernsthafte Probleme in sich birgt. Gerade Jugendliche können darin die Orientierung verlieren, sich ausgegrenzt und überfordert fühlen. Schlechte Schulbildung führt zu schlechten Chancen auf dem Arbeitsmarkt und Perspektivlosigkeit. Menschen, die sich gedemütigt und herabgesetzt fühlen, sei es durch Arbeitslosigkeit oder gesellschaftliche Ausgrenzung, sind leicht verführbar und für einfache rechtspopulistische Parolen zugänglich.

Wo ganze Regionen veröden, sich den Menschen keine Zukunftsperspektive bietet, findet die rechtsextreme Gesinnung ihre Anhänger. In durch die NPD unterstützten Jugendclubs und Kameradschaften, auf Konzerten rechtsextremer Bands, in sog. „Nationalen Krabbelgruppen“ oder auf Familienfesten rechtsextremer Parteien entsteht ein Gemeinschaftssinn und

Zusammenhalt, der in manchen Regionen Deutschlands vollkommen verloren war. Die Sympathie zu den Rechtsextremen und ihren Gesinnungen wächst, weil „sie sich kümmern, was bieten“.

Oft ist das Versagen von kommunalen Entscheidungsträgern - seien es kommunale Politikerinnen und Politiker, Journalistinnen und Journalisten von Regionalzeitungen, Schulleiterinnen und Schulleiter, Unternehmensleiterinnen und Unternehmensleiter, oder Vereinsvorsitzende - ein zentrales Problem für das Engagement gegen Rechtsextremismus. Das Versagen besteht darin, dass sie erstens neonazistischen Entwicklungen passiv gegenüberstehen, zweitens ihre Funktion als Stützen demokratischer Leitkultur und Wehrhaftigkeit nicht wahrnehmen, oder drittens Initiativen gegen Rechtsextremismus behindern, deren Engagement konterkarieren oder sogar verhindern. Sehr häufig gibt es die Tendenz, rechtsextremistische Vorfälle unter den Teppich zu kehren und Initiativen gegen Rechtsextremismus zu beschimpfen, dass sie die Kommune mit der Feststellung rechtsextremer Tendenzen beschmutzen würden. Viele Kommunen - nicht zuletzt im ländlichen Raum und in den Neuen Bundesländern - weisen eine schwache Zivilgesellschaft und demokratische Kultur auf. Initiativen gegen Rechtsextremismus haben daher sowohl ein Rekrutierungs- als auch Mobilisierungsproblem.

Nach der Studie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit von Wilhelm Heitmeyer sind Elemente wie autoritäre Denkmuster und Fremdenfeindlichkeit in den Neuen Bundesländern, Antisemitismus und Etabliertenvorrechte stärker in den Alten Bundesländern ausgeprägt. So stimmen im Osten etwa 68,4 Prozent der Bevölkerung der Aussage zu, „in Deutschland leben zu viele Ausländer“ (West: 56,8 Prozent), 38,6 Prozent sagen, „wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken (West: 28 Prozent).

Deshalb braucht es ebenso vielfältige politische und soziale Ansatzpunkte zur Bekämpfung und ein umfassendes Konzept mit politischen, pädagogischen, sozialen und demokratischen Elementen.

Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Intoleranz, rechtsextreme und antisemitische Einstellungen in unserer Gesellschaft keinen Raum haben. Die gesamte Zivilgesellschaft ist gefordert, sich hierfür zu engagieren. Wir setzen daher auf Verstärkung des Einsatzes der Jugendpolitik für Demokratie und Toleranz. Ziel ist es, Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln, die Achtung der Menschenwürde und den Respekt für andere zu fördern sowie Extremismus und Antisemitismus zu bekämpfen. Wir wollen, dass Jugendliche vor Ort motiviert werden und in ihrem Engagement verlässlich unterstützt werden. Dabei setzen wir auf ein engeres Zusammenwirken mit Ländern und Kommunen, mit Medien, den Kirchen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Sportvereinen, den Jugendverbänden und vielen anderen.

Maßnahmen und Programme der Bundesregierung

Deutschland – Ort der Vielfalt

Die demokratischen gesellschaftlichen Kräfte unseres Landes – Bund, Länder, Kommunen, die zivilgesellschaftlichen Organisationen, Bürgerinnen und Bürger, die politischen Parteien, die Medien, die Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie der Sport – müssen jeder Form von Extremismus entschieden entgegenreten. Nur gemeinsam können wir dafür sorgen, dass die Menschenwürde geachtet, demokratische Werte vermittelt sowie Vielfalt und Toleranz in Deutschland gelebt werden.

Die Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium des Innern und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, hat aus diesem Grund die Initiative „Orte der Vielfalt“ ins Leben gerufen. Ziel der Initiative ist es, Städte, Gemeinden und Kreise in ganz Deutschland in ihrem Engagement für Vielfalt zu stärken. Unterstützt wird die Initiative durch die Länder, die kommunalen Spitzenverbände sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und aus Wirtschaft und Gewerkschaft.

Um das Bekenntnis für Vielfalt, Toleranz und Demokratie in den kommenden Jahren langfristig und überall vor Ort zu unterstreichen, sind alle Kommunen in Deutschland aufgerufen, sich an der Initiative zu beteiligen. Besonders engagierte Kommunen können sich für ein Schild, das sie als „Ort der Vielfalt“ auszeichnet, bewerben.

Patinnen und Paten der Aktion sind Vertreterinnen und Vertreter der Frauen- und Männernationalmannschaften des Deutschen Fußball-Bundes, die mit ihrer Partnerschaft das Engagement für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus unterstützen wollen.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend - BMFSFJ

Da der Bund nur befristet fördern darf, sind die Modellprogramme, die beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelt waren, Ende 2006 ausgelaufen. Zu Beginn des Jahres 2007 wurde ein neues Modellprogramm gestartet, für das jährlich mindestens 19 Millionen Euro an Bundesmitteln zur Verfügung stehen. Die Ausrichtung auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus wurde von der SPD-Bundestagsfraktion durchgesetzt. Darüber hinaus werden in einem ebenfalls von uns durchgesetzten Programm Beratungsmodelle gegen Rechtsextremismus mit zusätzlichen 5 Millionen Euro pro Jahr gefördert.

„VIELFALT TUT GUT – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“

Zur nachhaltigen Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und zur Stärkung der bildungspolitischen und pädagogischen Arbeit in diesem Bereich wurde 2007 das neue Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ aufgelegt. Für das Bundesprogramm stehen jährlich 19 Millionen Euro zur Verfügung. Die Ziele des Bundesprogramms sind die Stärkung der Zivilgesellschaft, die Förderung von Toleranz und Demokratie und die Unterstützung der Arbeit gegen Rechtsextremismus.

Das Programm knüpft an die Erfahrungen und Ergebnisse aus dem 2006 ausgelaufenen Aktionsprogramm der Bundesregierung „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ an. Die erste Programmphase läuft bis 2010.

Angesprochen werden sollen mit dem Programm insbesondere Kinder und Jugendliche, rechtsextremistisch gefährdete junge Menschen, Migrantinnen und Migranten sowie Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrkräfte und die lokalen Meinungsbildnerinnen und Meinungsbildner vor Ort.

Schwerpunkte des Programms sind:

- die Entwicklung integrierter lokaler Strategien mittels Förderung lokaler Aktionspläne in kommunaler Verantwortung zur Stärkung der Demokratieentwicklung vor Ort
- die Förderung von Modellprojekten, die innovative Ansätze zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verfolgen; die Entwicklung und Umsetzung themenbezogener modellhafter Maßnahmen in den Themenbereichen: Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus, Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen, Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft und früh ansetzende Prävention
- die Programmsteuerung, Evaluation, Öffentlichkeitsarbeit, Forschung, Einbindung bundesweiter und lokaler Bündnisse

Als Regiestelle ist die Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung tätig.

Derzeit werden insgesamt 90 lokale Aktionspläne gefördert, davon 60 in den neuen und 30 in den alten Bundesländern, sowie 94 Modellprojekte. In Baden-Württemberg gibt es vier lokale Aktionspläne und sieben Modellprojekte.

„kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“

Zentrales Anliegen des Programms ist die Einrichtung und Entwicklung von landesweiten Beratungsnetzwerken, aus denen in Krisensituationen mit rechtsextremistischem Hintergrund anlassbezogen, kurzfristig und zeitlich begrenzt Mobile Interventionsteams gebildet werden sollen. Dafür stehen seit 2007 jährlich 5 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Verfestigung rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Strukturen im Gemeinwesen und deren gezielte Einflussnahme auf die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger bedrohen die demokratische Grundordnung unserer Gesellschaft. Dies kann zu krisenhaften lokalen Situationen führen, in denen sowohl die Betroffenen als auch die vor Ort zuständigen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner hilflos reagieren. Sie benötigen in dieser Situation fachkompetente Beratungshilfe von außen. Hier setzt die Förderung durch das Bundesprogramm an.

Ziel ist es, Menschen in solchen schwierigen Situationen vor Ort mit fachkompetenter Beratung und Hilfe zu unterstützen. Um die Beratung und Unterstützung zu organisieren, wurde in jedem Bundesland eine Landeskoordinierungsstelle bzw. eine Erstkontaktstelle eingerichtet. Hier werden Informationen über die im Land vorhandenen Einrichtungen, Fachkräfte und ihre Kompetenzen gebündelt. Die Landeskoordinierungsstelle steuert und verknüpft diese Ressourcen und Hilfsangebote zu einem Beratungsnetzwerk. Tritt ein Konflikt mit rechtsextremem Hintergrund auf, können sich Opfer, Ratsuchende und kommunale Ansprechpartnerinnen und -partner direkt an die Landeskoordinierungsstelle oder an die Erstkontaktstelle des Bundeslandes wenden.

Aus dem Pool von Expertinnen und Experten des Beratungsnetzwerks wird dann ein Mobiles Interventionsteam gebildet. Es hilft nicht nur schnell und unmittelbar vor Ort bei der Lösung von Problemen, sondern sucht auch nach dauerhaften Auswegen.

Für die Begleitung und Organisation fördert das BMFSFJ eine Zentralstelle in der Stiftung Demokratische Jugend.

Zwischenzeitlich haben alle 16 Bundesländer Mittel aus dem Bundesprogramm beantragt, Baden-Württemberg allerdings als eines der letzten Bundesländer. Das Beratungsnetzwerk Baden-Württemberg befindet sich derzeit in der Aufbauphase: Von April 2008 bis Ende März 2009 wird eine landesweite Qualifizierungs- und Fortbildungsreihe für engagierte Fachkräfte der Bildungsarbeit entwickelt, erprobt und umgesetzt. Unter der Mitwirkung und Steuerung entsprechend qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden ab April 2009 schließlich in zehn ausgewählten Stadt- und Landkreisen lokale Beratungsnetzwerke aufgebaut, die dann die Mobilien Interventionsteams beraten und begleiten. Der Landeskoordinierungsstelle bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg obliegt die Qualifizierung und Steuerung der lokalen Beratungsnetzwerke.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales - BMAS/Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung - BMVBS

Unter dem Titel „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“ werden aus den Bundesprogrammen „Soziale Stadt“ (BMVBS) und „XENOS – Arbeiten und Leben in Vielfalt“ (BMAS) arbeitsmarktbezogene Maßnahmen, zivilgesellschaftliche Strukturen und bürgerschaftliches Engagement in Städten und Gemeinden unterstützt.

Bis zum Ende der Laufzeit Jahresende 2007 wurden 250 Projekte mit 160 Millionen Euro Gesamtvolumen gefördert, darüber hinaus 165 Projekte aus dem Sonderprogramm „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“ in Kooperation mit dem BMVBS (64 Millionen Euro).

Das Nachfolgeprogramm „XENOS - Integration und Vielfalt“ startete im April 2008.

Bundesministerium des Innern - BMI

"Hinschauen – Handeln – Helfen", unter diesem Motto wurde am 23. Mai 2000 – dem Tag des Grundgesetzes – das „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ von der Bundesregierung gegründet.

Über 1.300 Gruppen und Einzelpersonen haben sich seitdem zur Mitarbeit bereit erklärt, bringen Ideen sowie Vorschläge ein und berichten über ihre Aktivitäten. Neben lokalen Initiativen, Vereinen und Schulklassen melden sich auch Künstlerinnen und Künstler zu Wort, die sich in Theaterstücken und Filmbeiträgen gegen fremdenfeindlich, rassistisch und antisemitisch motivierte Gewalt wenden. Diese Kräfte will das Bündnis bündeln, mobilisieren und dadurch die Grundwerte der Verfassung in der Öffentlichkeit stärken. Die zentrale Präsentation dieses zivilgesellschaftlichen Engagements findet alljährlich am 23. Mai, dem Tag unseres Grundgesetzes, statt. Die dafür zur Verfügung gestellten Bundesmittel wurden im Jahr 2007 von 700.000 Euro auf 1 Million Euro aufgestockt.

- Aussteigerprogramm des Bundesamtes für Verfassungsschutz

Bundesministerium der Justiz - BMJ

- Härtefallfonds für Opfer rechtsextremistischer Übergriffe
- Gesetzesinitiativen und „repressive Maßnahmen“ gegen Rechtsextremismus, z.B. durch die Verschärfung des Versammlungsrechts, etc.
- Bundeszentrale für Politische Bildung

Indirekte Förderung von Projekten gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

- im Rahmen des Kinder- und Jugendplans,
- durch Maßnahmen zur Integration und Eingliederung von Ausländern und Aussiedlern,
- durch Programme der Jugendsozialarbeit (z.B. „Jugendarbeit im ostdeutschen ländlichen Raum“).